

Die Forderungen der GPA-djp für die EU-Wahlen:

- ★ **Steuergerechtigkeit schaffen:**
 - Steuerhinterziehung und Steuervermeidung konsequent bekämpfen
 - Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerfragen im Rat beenden
 - Wirksame Besteuerung der Digitalkonzerne
- ★ **Sozialen Rechten Vorrang vor Wirtschaftsinteressen geben:**
 - Vertragliche Verankerung des Vorranges Sozialer Grundrechte vor Wirtschaftsfreiheiten
 - ArbeitnehmerInnenschutz konsequent verbessern
- ★ **Lohn- und Sozialdumping bekämpfen:**
 - Kollektivverträge auf Branchenebene in ganz Europa stärken
 - Befugnisse der Europäischen Arbeitsbehörde ausbauen
- ★ **Mitbestimmung am Arbeitsplatz stärken:**
 - Einbeziehung bei Digitalisierungsprozessen sichern
 - Mitspracherechte und sozialen Dialog ausbauen
 - Sanktionen und Strafen bei Nichteinhaltung dieser Rechte

Weitere Infos findest du unter www.gpa-djp.at/eu-wahl und
www.facebook.com/GPA.djp



Geh am 26. Mai zur EU-Wahl. Für dich und die Deinen.



**Meine Mama geht wählen,
weil ihr diese Konzerne
zu mächtig werden.**

Geh am 26. Mai zur EU-Wahl. Für dich und die Deinen.





Ungleichgewicht

Wirtschaft gibt den Ton an

In der EU besteht ein massives Ungleichgewicht. 25.000 WirtschaftslobbyistInnen stehen 800 ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen gegenüber. Diese Schiefe Lage wirkt sich enorm auf die politischen Entscheidungsprozesse aus und beeinflusst die Richtung, in die sich die EU entwickelt.

Geld verschwindet in Steuersümpfen

Der EU entgehen jährlich 825 Mrd. Euro an Einnahmen durch Steuerbetrug von Konzernen. Sinkende Unternehmenssteuern, fehlende Abgaben bei Finanztransaktionen sowie kaum besteuerte Digitalkonzerne lassen diese Lücke noch größer werden. Immer wieder scheitern Initiativen für eine gerechte Besteuerung.

Schieflage bei Löhnen und sozialen Rechten

Beschäftigte in Osteuropa verdienen bis zu 8 Mal weniger als in Mittel- oder Westeuropa und sind häufig schlechter sozial abgesichert. Unternehmen nützen das für Lohn- und Sozialdumping. Die EU-Verträge bevorzugen Konzerninteressen vor denen der Beschäftigten.



Profite gerecht verteilen

Es ist notwendig, dieses Ungleichgewicht zu beheben und endlich dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten stärker von der EU profitieren. GewerkschafterInnen waren in der Vergangenheit diejenigen, die bei **Steuergerechtigkeit** und **ArbeitnehmerInnenschutz** Druck im EU-Parlament aufgebaut haben-dadurch ist es beispielsweise gelungen, die **Europäische Arbeitsbehörde** einzuführen.

GewerkschafterInnen braucht es auch zukünftig im EU-Parlament, damit die **Interessen der Beschäftigten** nicht weiter zu kurz kommen. Nur so werden wir unsere Forderungen nach einem **sozialen und gerechten Europa** auch umsetzen können.

Strengere Regeln für Konzerne sind notwendig, um deren Macht und Einfluss einzuschränken. **Steuergerechtigkeit** ist ein wichtiger Schritt, um Profite gerecht zu verteilen. Das soziale Ungleichgewicht können wir nur bekämpfen, wenn es **robuste Sozialsysteme, gute Branchenkollektivverträge** und einen **Aufwärtstrend bei sozialen Rechten** gibt.



Geh am 26. Mai zur EU-Wahl 2019.

Für dich und die Deinen.

